

Nr.: 285-XVI./2021

■ Dezernat	I - Finanzen, Zentrales Management & Bildung	19.10.2021
■ Fachbereich		
■ Verfasser/-in	Willi, Alexander	
■ Telefon	07621 410-1000	

Beratungsfolge	Status	Datum
Verwaltungsausschuss	öffentlich	17.11.2021
Kreistag	öffentlich	01.12.2021

Tagesordnungspunkt

Teilhaushalte 1 und 3 - Entscheidungen über diverse Positionen des Variantenpapiers

Beschlussvorschlag

Den vorgeschlagenen Planansätzen wird wie vorgeschlagen zugestimmt.

Bezug zum Haushalt

Teilhaushalt	1 und 3	Finanzen & Zentrales Management, Bildung & Kultur
Produktgruppe	diverse	
Produkt(e)	diverse	

Wirkungsziel /
beabsichtigte Wirkung
(Was soll erreicht werden?)

Leistungsziel /
angestrebtes Ergebnis
(Was müssen wir dafür tun?)

Zielerreichungskriterium
(Indikator, Kennzahl, Leistungsmenge):

■ Klimawirkung:	<input type="checkbox"/> positiv	<input type="checkbox"/> neutral	<input type="checkbox"/> negativ	<input type="checkbox"/> keine
■ Personelle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja, ggf. Erläuterung		
■ Finanzielle Auswirkungen:	<input type="checkbox"/> nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja,		
<input type="checkbox"/> im Ergebnishaushalt	Aufwand	Ertrag	einmalig in	wiederkehrend
	€	€		
<input type="checkbox"/> im Finanzhaushalt	Investitions- kosten brutto	Zuschüsse u. ä.	Investitions- kosten LK netto	zeitliche Umsetzung
	€	€	€	

Mittelbereitstellung - in EUR -

ErgebnisHH		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
B ed arf	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand						
	Kalk. Aufwand						
Pl an	Erträge						
	Personalaufwand						
	Sachaufwand						
	Kalk. Aufwand						
FinanzHH investiv		Zeilen-Nr.	2020	2021	2022	2023	ab 2024
B ed arf	Einzahlung						
	Auszahlung						
Pl an	Einzahlung						
	Auszahlung						

■ Deckungsvorschlag (wenn Mittelbedarf größer als Plan)

Begründung

■ Sachverhalt

Teil I, Maßnahmen im Rahmen der Landkreisstrategie:

Ifd. Nr.	PG/ Produkt/ Kostens telle	Gegenstand	Begründung
1	11.20	Organisationsentwicklung FB Digitalisierung, IT und Organisation (35.000 Euro Mehraufwendungen)	<p>Für das HH-Jahr 2022 ergeben sich Mehraufwendungen im Planansatz im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der gesteigerten Anzahl an Projekten sowie der erhöhten Kosten in der Beratungsleistung an sich.</p> <p>Im Fokus für 2022 steht das Organisationsentwicklungsprojekt im neuen FB Digitalisierung, IT & Organisation. Ebenso startet die Organisationsuntersuchung im Fachbereich Personal & Service (siehe KT-Beschluss vom 24.03.2021). Insbesondere das OE-Projekt bedarf einer fachspezifischen IT-Beratungsleistung, die aufgrund deutlich erhöhter Beratertagesätze sowie des definierten Bedarfs höhere Planansätze zur Folge hat. Zu erwähnen ist hierbei, dass das OE-Projekt nicht in Gänze durch externe Beratung erfolgt, sondern sich in interne und externe Bausteine gliedert. Durch diese Aufteilung soll das interne know-how auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestmöglich eingesetzt werden und die Inanspruchnahme unnötiger Beratungsleistungen vermieden werden.</p> <p>Des Weiteren fallen für die bereits gestarteten Organisationsuntersuchungen im Fachbereich Umwelt sowie im Sachgebiet Beistandschaften & Amtsvormundschaften in 2022 noch zusätzliche Kosten gemäß Zeitplanung an. Ergänzend stehen analytische Stellenbemessungen mit ext. Begleitung im Dezernat V sowie im Dezernat III auf der Agenda.</p> <p>Abschließend ist auch festzustellen, dass sich die durchschnittlichen Kosten für ext. Beratungsleistungen (z.B. Kosten je Beratertag) in den letzten Jahren deutlich erhöht haben.</p> <p>Die Haushaltsposition für Organisationsuntersuchungen teilt sich für das Jahr 2022 insgesamt wie folgt auf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - laufende OU Umwelt (30.000 Euro) - laufende OU SG BAV (10.000 Euro) - OE in den neuen Fachbereichen Digitalisierung, IT & Organisation sowie im Fachbereich Personal & Service (75.000 Euro), siehe Beschluss des Kreistags vom 24.03.21, Vorlage Nr. 043-XVI./2021) - Stellenbemessungen im FB Soziales (20.000 Euro) - Stellenbemessung inkl. Aufgabenkritik im SG Verkehr &

			ÖPNV (15.000 Euro).
2	11.20 11.21	<p>Basisschulung Mitarbeiter/-innen E-Government sowie zusätzliche Beratertage E-Government</p> <p>Schulungen zur Erstellung und Konfiguration von Service-BW Prozessen (-10.000 EUR)</p> <p>Erstellung von Erklärvideos zur e-Akten Umsetzung und Nutzung (enaio) (-3.000 EUR)</p> <p>Fortbildung Digitale Starterkits (-3.300 EUR)</p> <p>Schulungen zu Digitallotsen über Digital@bw (-6.300 EUR)</p>	<p>Neben der Doppelstrategie zur OZG-Umsetzung (Standardprozesse + Universalprozess), gibt es seit 2021 neu die Möglichkeit, Individualprozesse (Universalprozess +) selbst im Verfahrensmanagement der E-Governmentplattform service-bw zu modellieren. Mit der geplanten Weiterbildung zum "kommunalen Prozessmodellierer" ist es Ziel, die eigene Verwaltung zu befähigen, einfache Prozesse selbst zu modellieren und als online-Dienstleistung auf service-bw bereitzustellen sowie in die eigene Homepage mit einzubeziehen. Dies bietet größtmögliche Flexibilität, da viele Prozesse noch nicht auf service-bw zur Verfügung stehen oder ein bestehender Prozess nicht optimal auf die eigenen Bedürfnisse passt. Mit kommunalen Prozessmodellierern soll damit ein Beitrag zur Gemeinsamen OZG-Umsetzung geleistet werden, da selbst gestaltete Prozesse auch durch andere Behörden nachnutzbar sind. Auf Basis der bekannten Schulungskosten werden für den HH 2022 insgesamt 10.000 € (Workshop für insgesamt 7 Personen, ggfs. auch in Abstimmung mit weiteren Kommunen nutzbar) eingeplant.</p>
3	11.20 div.	<p>Aufwendungen EDV</p> <p>zusätzliche Microsoft Lizenzen (-18.200 EUR)</p> <p>zusätzliche VPN-Clients (-22.300 EUR)</p> <p>Wartung DMS enaio (-18.000 EUR)</p> <p>Covbot</p> <p>Bürgerhotline Corona (-15.600 EUR)</p> <p>Softwareverteilung (-6.000 EUR)</p> <p>Leitungsanbindung 2. Standort (-25</p>	<p>Die neue Dienstvereinbarung mobiles Arbeiten trat zum 01.10.2021 in Kraft. Zum mobilen Arbeiten werden zusätzliche VPN-Clients (22.300 Euro) benötigt, um den sicheren Zugriff auf das Netzwerk des Landratsamtes zu gewährleisten. Die Einrichtung eines VPN verursacht zum einen Einmalkosten von 200 Euro und zum anderen laufende jährliche Kosten von ca. 150 Euro pro User.</p> <p>Die steigende Anzahl an Endgeräten führt im Microsoft-Umfeld zu einer Erhöhung der Wartungskosten in Höhe von 18.200 Euro sowie im Bereich der Softwareverteilung zu einer Erhöhung der Wartungskosten in Höhe von 6.000 Euro.</p> <p>Durch den Erwerb zusätzlicher Lizenzen für das sich seit 2019 im Einsatz befindende Dokumentenmanagementsystem (DMS) Enaio erhöht sich die Wartung um 18.000 Euro von jährlich 55.000,- Euro auf 73.000,-Euro</p> <p>Um die Bürgerhotline Corona zu entlasten wurde ein sog. Covbot eingerichtet, der Kosten in Höhe von 15.600 Euro verursacht. Der Covbot ist ein technischer Telefonassistent, der die Anliegen der Anrufer anhand von Schlüsselbegriffen erkennt und Antworten auf die häufigsten Fragen gibt.</p> <p>Um den Neubau edv-technisch an das Bestandsgebäude in der Palmstraße anzubinden fallen 25.000 Euro Kosten an für die Anmietung von Telekomleitungen. Sobald der Zweckverband eine Glasfaserleitung gezogen hat, werden diese</p>

			<p>Leitungskosten entfallen. Aktuell ist dies für 2023/2024 angekündigt.</p> <p>Aufgrund von Hardwarelieferverzögerungen sowie der Corona-Pandemie konnten vor Ablauf des Supportendes des Betriebssystems Windows 7 nicht alle Endgeräte auf das neue Betriebssystem Windows 10 umgestellt werden. Der verlängerte Support von Windows 7 (ESU-Lizenzen) wird nun jedoch nicht mehr benötigt, es entfallen 23.800 Euro.</p> <p>Durch den Wegfall des Lerntools Soluzione Lernwelt entfallen 10.000 Euro, durch Vergünstigungen im Bereich des Videokonferenzsystems Webex entstehen Einsparungen von 4.400 Euro.</p>
4	11.20	<p>Aufwendungen Miete EDV</p> <p>Zwölf zentrale MFP-A3 Geräte (Drucker) im Neubau (19.000 Euro), zusätzlicher Scanner digitale Poststelle (2.000 Euro), Einsparung Rückgabe A4 AP-Geräte nach Umzug in Neubau (8.800 Euro)</p>	<p>Im Neubau wird eine Open Space Umgebung zur Verfügung gestellt. Damit entfallen die kleinen A4-Arbeitsplatzdrucker, welche derzeit in den Einzelbüros bzw. Doppelbüros eingesetzt werden. Es kommen im Neubau pro Stockwerk nur noch zwei zentrale, leistungsfähige A3-Multifunktionsgeräte zur Einsatz. Durch den Wegfall der A4-Geräte kommt es zu einer Einsparung von 8.800,- Euro, durch die zusätzlichen zwölf A3-Geräte entstehen Mehrkosten vom 19.000,- Euro.</p> <p>Derzeit werden in der digitalen Poststelle zwei zentrale Scanner eingesetzt, um den Posteingang zu verscannen. Da weitere Bereiche an diesen digitalen Prozess angeschlossen werden sollen wird ein weiterer Scanner benötigt, was Kosten in Höhe von 2.000,- Euro verursacht.</p>
5	11:20	<p>Unterstützung im Vorfeld der Umstellung von Notes auf Outlook (-25.000 EUR)</p>	<p>Das derzeitig eingesetzte Bürokommunikationssystem von HCL Notes steht auf dem Prüfstand, ob es die Anforderungen an eine digitale Kollaborationsplattform für die Zukunft erfüllen kann. Aus diesem Grund wird eine externe Expertise benötigt, um dies zu prüfen und zu evaluieren. Es entstehen dadurch Kosten in Höhe von 25.000 Euro.</p>
6	11.24	<p>Erhöhung Instandhaltungsbudget für energetische Sanierung (Klimaschutz)</p>	<p>Ausführungen hierzu können der separaten Vorlage Nr. 305-XVII/2021 entnommen werden.</p>
18	21.20 21.30	<p>Schulsozialarbeit Schulträger (13.600 Euro)</p>	<p>Die Finanzierung der Schulsozialarbeit im Landkreis ist so geregelt, dass das Land Ba-Wü einen fixen Zuschuss gewährt und ansonsten der Landkreis und die jeweiligen Schulträger in gleicher Höhe die Finanzierung sicherstellen. Nachdem für das Jahr 2021 ein Einfrieren der Zuschüsse des Landkreises (und der Schulträger) vereinbart worden war, müssen nun für 2022 die Tarifsteigerungen wieder berücksichtigt werden, wodurch sowohl der Zuschuss des Landkreises pro Stelle als auch der Zuschuss des jeweiligen Schulträgers von bisher 29.500 Euro auf 31.520 Euro ansteigt, was bei 6,75 Stellen an den Schulen in Trägerschaft des Landkreises eine Kostensteigerung in Höhe von 13.600 Euro verursacht, die der Landkreis in seiner Rolle als Schulträger bezahlen muss.</p> <p>Ausführungen dazu, wie sich die vorgenannten Tarifsteigerungen auf den Landkreis insgesamt (als Jugendhilfeträger) auswirken, können der lfd. Nr. 19 des Variantenpapiers bzw. der Vorlage Nr. 290-XVI./2021 des Jugendhilfeausschusses entnommen werden.</p>

II. Notwendige Maßnahmen außerhalb der Strategie

Ifd. Nr.	PG/ Produkt/ Kostenstelle	Gegenstand	Begründung
1	11.10	Kreistagsfahrt (22.000 Euro)	In jeder Wahlperiode wird einmalig eine Informationsfahrt für den Kreistag organisiert. Zuletzt war 2016 eine Kreistagsfahrt nach Berlin, u.a. mit Besuch des Bundestags durchgeführt worden. Für die Wahlperiode 2019-2024 soll im Juni 2022 rund um das Schwerpunktthema Digitalisierung eine Informationsfahrt zu Beispielprojekten im Rhein-Neckar-Kreis stattfinden.
2	11.12	Rezertifizierung Audit beruf und familie (15.000 Euro)	<p>Nach der ersten Auditierung im Jahr 2016 und der Re-Auditierung (Optimierung) im Jahr 2019 steht im Jahr 2022 die Re-Auditierung (Konsolidierung) an.</p> <p>Durch das Audit wird ein wichtiger Beitrag zur Arbeitgeberattraktivität geleistet, der uns bei der Mitarbeiterrekrutierung und -bindung unterstützt.</p> <p>Die Bündelung von Themen zur Vereinbarkeit und die Teilhabe an Prozessen zur Weiterentwicklung werden von den Mitarbeitenden sehr geschätzt. Für das Audit entstehen Aufwendungen von rd. 15.000 € (brutto). Von Fachkräften wird heutzutage ein vergleichbares Engagement des Arbeitgebers erwartet.</p>
3	11.20	Leasing und Wartung Telefone	Durch die Einrichtung der Kontaktnachverfolgung im Rahmen der Corona-Pandemie mussten zusätzliche IP-Telefone angeschafft werden, welche über einen Leasingvertrag finanziert werden. Dies führt zur Mehraufwendungen in Höhe von 9.300 Euro.

4	11.21	Beschaffung Geschirr/Ausstattung Cafeteria 2. Standort LRA (8.100 Euro)	Die Mehraufwendungen in Höhe von 8.100 Euro werden für die Erstausrüstung der Cafeteria im Neubau benötigt. Hierzu gehören u. a. verschiedene Küchenutensilien, Geschirr, Besteck, Tablett, Servierwagen, Absperrbänder, Kissen für die Terrassenstühle und Absperrbänder. Da es sich um eine (einmalige) Erstausrüstung handelt, fallen diese Mehraufwendungen nur im Haushalt 2022 ein.
5	11.21	Neukonzeption Stellenausschreibungen	Für die Neukonzeption der Thematik der Stellenausschreibungen sind im Haushaltsentwurf Mittel in Höhe von 15.000 Euro eingeplant. Die Thematik ist im Jahr 2021 dem SG Personal organisatorisch neu zugewiesen worden, konnte aber aus Überlastungsgründen nicht umgesetzt werden. 2022 soll die Thematik er- und ausgearbeitet werden. Der (für 2021 bereits vorhandene, aber nicht abgerufene) Haushaltsansatz soll neu in 2022 (in angepasster Höhe) veranschlagt werden. Der Projektauftrag ist bereits in Planung und erste Gespräche mit Agenturen/Partnern laufen an. Die Optimierung der Art der Stellenausschreibung soll künftig zu einer Absenkung des Kostenanstiegs im Bereich der Stellenausschreibungen führen (siehe Ausführungen unter Nr. 7).
6	11.21	Headhunting (15.000 Euro)	Das Jahr 2021 hat gezeigt, dass sich die Besetzung von Führungsstellen mit herkömmlichen Ausschreibungen zunehmend als schwierig gestaltet und keine, bzw. Bewerbungen mit geringer Qualität eingehen. Daher soll auf Headhunting Agenturen zurückgegriffen werden um solche zentralen Stellen (zeitnah) zu besetzen.
7	11.21	Stellenausschreibungen (an Bedarf angepasst), Erhöhung um 31.500 Euro	Es müssen im Bereich Stellenausschreibungen Mehraufwendungen im Haushaltsentwurf 2022 in Höhe von 31.500 Euro eingeplant werden. Die Jahre 2020/2021 haben gezeigt, dass das geplante Budget für das Ausmaß der stetig (aufgrund von Vakanz) zunehmenden Stellenausschreibungen nicht ausreichend ist. Mit Blick auf den Haushaltsvollzug 2020 muss der nun vorgeschlagene Betrag angesetzt werden, indem der IST-Wert von 2020 abzüglich einer Kosteneinsparung in Höhe von 15.000 Euro angesetzt wird,

			da davon ausgegangen wird, dass sich die unter Nr. 5 genannte Optimierung der Stellenausschreibungs-Vorgehensweise entsprechend amortisieren wird.
8	11.22	Umstellung auf SAP-Modul PSCD-Ausgaben (Projektkosten 25.200 Euro, Schulungen 900 Euro)	Das Rechenzentrum Komm.One ersetzt bis spätestens Mitte 2023 flächendeckend die bisherigen Kreditorenbuchhaltung in SAP durch PSCD-Ausgaben (Geschäftspartnerbuchhaltung). Die Einführung ist Voraussetzung auf die Umstellung auf SAP S/4 HANA (= künftige Entwicklungs- und Integrationsplattform von SAP), die von Komm.One zwischen 2024 und 2028 vorgesehen ist. PSCD bietet die Möglichkeit des sogenannten Einheitsgeschäftspartners. Damit wird eine Person nur einmal als Geschäftspartner geführt und kann von der debitorischen und kreditorischen Seite gleichermaßen bebucht werden. Die Umstellung ist in Absprache mit Komm.One im Jahr 2022 vorgesehen. Durch die Ablösung der Kreditorenbuchhaltung durch PSCD-Ausgaben ergeben sich keine Änderungen zu den bisherigen laufenden Kosten.
9	11.24	Machbarkeitsstudie Sporthalle BSZ Lörrach (20.000 Euro)	Die Sporthalle ist inzwischen in einem sehr maroden Zustand, sodass genau analysiert werden sollte, ob sich eine grundlegende Sanierung noch lohnt (oder perspektivisch ein Neubau erfolgen müsste).
10	11.25	Aufwendungen Fahrzeug-Pool Fuhrpark (11.500 Mehraufwendungen)	Im Haushaltsjahr 2022 erfolgt voraussichtlich die Rückgabe von sechs Leasingfahrzeugen (darunter drei E-Fahrzeuge). An den geleasteten Fahrzeugen fallen in der Endabrechnung meist Kosten für die Schadensbehebung an. Da diese im Voraus nicht genau kalkulierbar sind, wurden hierfür 7.600 Euro angesetzt. Weiterhin werden aufgrund des Fahrzeugwechsel Überführungskosten für die Anlieferung der Leasingfahrzeuge angesetzt. Bei E-Fahrzeugen wird aufgrund der geringeren Reichweite grundsätzlich eine Anlieferung durch den Leasinggeber vereinbart. Hierdurch entstehen nochmals ein Mehraufwand in Höhe von 3.900 Euro.

11	11.26	Zusätzliche Portokosten insbesondere für Einschreiben/PZA Zustellung Unterlagen aus Online-Dienstleistungen (18.500 Euro Mehraufwendungen) und Kosten für Anlieferung und Abholung der Post	Seit Beginn der Pandemie ergaben sich bei den Postzustellungsaufträgen (im Wesentlichen in den Bereichen Führerscheine und KFZ-Zulassung) und Einschreiben nicht unerhebliche Mehrkosten. Ob sich dieser Trend so weiter fortsetzt, ist noch unklar, da nicht absehbar ist, wie sich die Situation künftig auf den Postablauf bzw. den Postversand auswirken wird. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass der (pandemiebedingte) erhöhte Portoaufwand sich fortsetzen wird, sodass 20.000 Euro Mehraufwendungen eingeplant wurden.
12	12.10	Ungedeckte Aufwendungen im Zusammenhang mit dem ZENSUS (226.700 Euro)	Ein Teil der ungedeckten Aufwendungen wird 2023 gedeckt werden, weil 2023 eine zweite Kostenerstattung in Höhe von dann 186.450 Euro erfolgen wird. Insgesamt beträgt die Finanzaufweisung zur Durchführung des Zensus pauschal 621.500 Euro, von denen 435.100 Euro im Jahr 2022 (und der Rest 2023) ausbezahlt wird. Die Höhe der pauschalen Kostenerstattung errechnet sich auf der Basis von Einwohnerzahlen. Allerdings beinhaltet die Berechnung dieser Zuweisung des StaLa BW leider keine Raumkosten, was das StaLa jedoch nicht davon abhält, sehr strikte Anforderungen an die Räumlichkeiten zu stellen. So müssen die Räumlichkeiten (aus Datenschutzgründen) unter anderem getrennt von den Büros des LRA sein, so dass dem LRA nichts anderes übrig blieb, als Räume zu diesem Zweck anzumieten. Insgesamt wird der Zensus – wie in anderen Stadt- und Landkreisen auch – leider nicht kostendeckend durchzuführen sein, wengleich sich ein Teil des 2022 entstehenden Defizits 2023 ausgleichen wird. Der Landkreis hat jedoch keine Möglichkeit, sich der Durchführung des Zensus zu entziehen.
16	21.20 21.30	Anpassung der Schülerunfall- sowie Elektroversicherung an den Schulen (6.200 Euro)	Der Beitrag für die beiden neben genannten Versicherungen steigt wegen Tarifsteigerungen um 6.200 Euro.
17	21.30	Fachplanung Gewerbeschule Rheinfelden (7.000 Euro)	Für die Neugestaltung der Schulküche und des Sekretariats ist ein Budget von 7.000 Euro für eine externe Planung notwendig.

III. Notwendige Maßnahmen außerhalb der

Strategie im THH 6:

Ifd. Nr.	PG/ Produkt/ Kostenstelle	Gegenstand	Begründung
27	div.	Ausstattungsbudget Neubau LRA, u.a. Möbel für Beratungsräume Psychologische Beratungsstelle und Pflegestützpunkt (40.000 Euro), Elektrifizierung Steharbeitsplatz für Bestandsschreibtische zur Weiterverwendung im Neubau (20.000 Euro)	<p>Die bisherige Ausstattung des Pflegestützpunktes (PSP) und der Psychologischen Beratungsstelle (PB) muss entgegen ersten Planungen zum Teil ersetzt werden. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Schränke, Regale und Besuchermöbel. Grund für die Neuanschaffungen ist, dass die Beratungsräume im Neubau erheblich kleiner ausfallen, als in den jetzigen Standorten am Chesterplatz (PSP) und in der Luisenstraße (PB). Daher passen die dort vorhandenen Möbel nicht in das räumliche Setting am zweiten Standort. Insgesamt werden hier 40.000 € veranschlagt.</p> <p>Für die derzeit in der Palmstraße untergebrachten Einheiten des Dezernates V ist vorgesehen, dass ein Teil der Bestandsmöbel des Dezernates V (u.a. höhenverstellbare Schreibtische, Sideboards) mit in den Neubau genommen werden. Um die Schreibtische jedoch in der dort benötigten Konfiguration verwenden zu können, ist eine Anpassung der Verkabelung / Elektrifizierung an den Schreibtischen notwendig. Hierfür werden 20.000 Euro angesetzt.</p>
28	div.	Erhöhte EDV-Kosten im Bereich Soziales & Arbeit: Erhöhte Leitungskosten der Außenstellenanbindungen in diversen Bereichen (7.500 Euro) sowie erhöhte Wartungskosten Lämmkom für 40 Lizenzen (15.150 Euro); Erhöhung wird durch zentrale Planung NCP-Clients bei SG I&K in diesem Bereich reduziert	<p>Die Anforderungen an die Datenleitungen haben sich in den letzten Jahren stark erhöht, was eine Erhöhung der Bandbreiten der Außenstellenanbindungen notwendig machte. Dies führte im Bereich des FB Soziales zu einem Mehraufwand von 7.500 Euro.</p> <p>Die Erhöhung der Wartungskosten für das Fachverfahren Lämmkom für 40 Lizenzen führt zu einem Mehraufwand von 15.150 Euro.</p> <p>Durch die Verschiebung der Planung der VPN-Clients vom Budget des Fachbereichs zum zentralen IT-Budget ergab sich eine Reduzierung in Höhe von 5.450 Euro.</p>

IV Notwendige Maßnahmen außerhalb der Strategie im THH 7:

Ifd. Nr.	PG/ Produkt/ Kostenstelle	Gegenstand	Begründung

32	36.30	<p>Erhöhte EDV-Kosten im Bereich Soziales & Arbeit: Erhöhte Leitungskosten der Außenstellenanbindungen in diversen Bereichen (7.500 EUR) sowie erhöhte Wartungskosten Lämmkom für 40 Lizenzen (15.150 EUR); Erhöhung wird durch zentrale Planung NCP-Clients bei SG I&K in diesem Bereich reduziert</p>	<p>Die Anforderungen an die Datenleitungen haben sich in den letzten Jahren stark erhöht, was eine Erhöhung der Bandbreiten der Außenstellenanbindungen notwendig machte. Dies führte im Bereich des FB Soziales zu einem Mehraufwand von 7.500 Euro.</p> <p>Die Erhöhung der Wartungskosten für das Fachverfahren Lämmkom für 40 Lizenzen führt zu einem Mehraufwand von 15.150 Euro.</p> <p>Durch die Verschiebung der Planung der VPN-Clients vom Budget des Fachbereichs zum zentralen IT-Budget ergab sich eine Reduzierung in Höhe von 5.450 Euro.</p>
----	-------	---	--

Marion Dammann
Landrätin

Alexander Willi
Dezernent